

INTERPELLATION von Christoph Holenstein (CVP, Zürich), Lorenz Schmid (CVP, Männedorf) und Hanspeter Amstutz (EVP, Fehraltorf)

betreffend Stopp der Jugendgewalt

In letzter Zeit haben sich im Kanton Zürich gehäuft Vorfälle ereignet, bei denen Jugendliche körperliche und/oder sexuelle Gewalt gegenüber anderen Jugendlichen oder Erwachsenen ausgeübt haben. Innerhalb der Jugendkriminalität haben die Gewaltvorfälle deutlich zugenommen. Offensichtlich ist die Hemmschwelle zur Gewaltanwendung in unserer Gesellschaft, insbesondere bei Jugendlichen, gesunken. Mannigfaltige Gründe führen bei Jugendlichen zu Gewalt gegenüber anderen. Viele Jugendliche lassen sich durch mögliche Strafen nicht von Gewalttaten abhalten. Jugendgewalt ist zusätzlich mit grossen Nachfolgekosten für Gesellschaft und Wirtschaft verbunden, stehen doch straffällige Jugendliche dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung. Aus den genannten Gründen besteht dringender Handlungsbedarf, die Jugendgewalt zu stoppen.

Wir bitten daher den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Teilt der Regierungsrat die Ansicht, dass die Hauptverantwortung über die Kinder im Sinne des Subsidiaritätsprinzips bei den Eltern liegt?
2. Wie erachtet der Regierungsrat den staatlichen Spielraum, die Erziehung durch die Eltern wieder in den Mittelpunkt öffentlicher Wertschätzung zu rücken?
3. Für viele Familien ist die Arbeitstätigkeit beider Elternteile notwendig, um den Lebensunterhalt der Familie zu bestreiten. Teilt der Regierungsrat die Ansicht, dass für Kinder dieser Familien variable Tagesstrukturen eine effiziente präventive Wirkung entfalten?
4. Teilt der Regierungsrat die Ansicht, dass mehr Autonomie der Schulbehörden und Schulleiterinnen und Schulleiter, Verbote zu erlassen (z.B. Handyverbot auf dem Schullareal, Minimalstandards bei Kleidung) oder restriktive Massnahmen bei ersten Anzeichen von Gewalt zu ergreifen, Teil einer effizienten Jugendgewaltbekämpfung darstellen?
5. Teilt der Regierungsrat die Ansicht, dass den Schulbehörden sowie Schulleiterinnen und Schulleitern mehr Befugnisgewalt gegenüber Eltern eingeräumt werden, diese im Zusammenhang mit fehlbarem Verhalten ihrer Kinder mit in die Verantwortung zu ziehen?
6. Ghettoisierung von ausländischen Jugendlichen und deren Eltern in gewissen Kantonsgebieten liegt häufig der Jugendgewalt zu Grunde. Teilt der Regierungsrat die Ansicht, dass nebst den Integrationsbemühungen seitens des Staates auch Mindestanforderungen an die zu Integrierenden definiert werden müssen (z.B. Spracherwerb, Staatskunde, usw.), um eine aktive Integration zu bewirken?
7. Jugendgewalt ist vermehrt bei bildungsfernen Jugendlichen zu finden. Erachtet der Regierungsrat die Attestausbildung nicht als probates Mittel, diese Jugendlichen schnell in den Arbeitsprozess zu integrieren und somit präventiv gegen Jugendgewalt vorzugehen?

8. Wie schätzt der Regierungsrat seine Möglichkeiten ein, gegen Gewaltdarstellung in den Medien vorzugehen?
9. Teilt der Regierungsrat die Ansicht, dass auf Grund des Datenschutzes die Schulbehörden / Schulleiterinnen und Schulleiter sehr spät - oft zu spät - über Vergehen der Schülerinnen und Schüler seitens der Behörden informiert werden?

Christoph Holenstein
Lorenz Schmid
Hanspeter Amstutz

V. Bütler	S. Dollenmeier	L. Dürr	H. Fahrni	G. Fischer
W. Furter	W. Germann	P. Hächler	R. Hirt	A. Hug
H. Jauch	B. Leiser	T. Maier	L. Müller	B. Ramer
P. Reinhard	T. Weibel	J. Wiederkehr	T. Ziegler	